

Der Mittelstand darf nicht erdrückt werden

Der beste Schutz gegen den Bolschewismus

Eine Mittelstandsrede des Reichsfinanzministers
(Telegraphische Meldung)

Berlin, 27. April. Das Berliner Kartell des Selbständigen Mittelstandes veranstaltet eine Vortragsreihe, bei dem alle bürgerlichen Parteien Gelegenheit haben, ihr Programm zur Erhaltung des selbständigen Mittelstandes zu entwickeln. Am Sonntag sprach neben dem Preussischen Landtagsabgeordneten Bayer (DVP.) und Knieß (Staatsp.) Reichsfinanzminister Dietrich.

In seiner Rede führte er etwa folgendes aus: „Den Tiefpunkt der Entwicklung haben wir infolgedessen überwunden, als die Zahl der Arbeitslosen zurückgegangen ist. Wenn es nicht gelungen ist, überall eine Senkung der Realsteuern durchzuführen, so deswegen, weil der Reichsrat die ursprünglichen Vorschläge der Regierung geändert hat, aber ein Stillstand ist wenigstens fast allgemein erreicht. Der Abbau der Bauwirtschaft war notwendig, weil wir im Begriff waren, und es auch vielfach schon getan hatten, Wohnungen zu bauen, die den Minderbemittelten nichts nützen, weil diese sie nicht bezahlen konnten.“

Die Staatswirtschaft muß wieder der Privatwirtschaft Platz machen, und nur die Kleinwohnungen dürfen noch mit öffentlichen Mitteln gebaut werden.“

Der Redner ging sodann auf das Kapitel „Kapitalismus und Bolschewismus“ ein und führte dazu aus:

„Der westeuropäische Kapitalismus kann sich gegen den Bolschewismus nicht dadurch halten, daß er ständig größere Kapitalkonzentrationen schafft, sondern nur dann, wenn neben dem Großkapital eine breite Mitte mittlerer und kleiner Existenzen erhalten und wiedergeschaffen wird, die, gestützt auf ein mehr oder weniger beträchtliches Vermögen, ausschlaggebend im Kampfe gegen die Bolschewisierung ist. Aus diesem Gedanken heraus muß die Forderung erhoben werden, daß der

Mittelstand und sein Besitz steuerlich geschont wird. Dazu ist der erste Schritt getan, indem Vermögen bis zu 20 000 Mark von der Vermögenssteuer freigestellt worden sind.“

Der Redner trat weiter für äußerste Sparsamkeit ein und schloß:

„Ich will nicht verhehlen, daß alle meine Darlegungen gesehen werden müssen im Zusammenhang mit der großen Frage: Wie wird sich die Reparationsfrage entwickeln und lösen?“

Nach den mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Ministers forderte Landtagsabgeordneter Bayer eine Reform der Arbeitslosenversicherung unter völliger Ausschaltung der Saisonarbeiter, Erhaltung der Ersatzrentenkassen und der Meisterlehre. Landtagsabgeordneter Knieß wandte sich gegen die finanzielle Hilfe für die Landwirtschaft, die nur der Mittelstand aufzubringen habe, und wofür keine Rechtfertigung bestehe.

Negativer Ausgang des Volksentscheids in Lippe

(Telegraphische Meldungen)

Detmold, 27. April. Im Freistaat Lippe fand am Sonntag der von den Nationalsozialisten und Volkstonservativen mit Unterstützung der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Landvolkpartei und dem Evangelischen Volksdienst herbeigeführte Volksentscheid auf Auflösung des lippischen Landtags statt. Damit ein Volksentscheid Gültigkeit erlangt, muß sich mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten, d. h. rund 54 000 Personen daran beteiligen. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen sind nur ungefähr 32 000 Stimmen dafür abgegeben worden. Das Ergebnis aus einzelnen Ortschaften steht noch aus, doch wird dies an dem negativen Ausgang des Volksentscheids nichts mehr ändern.

Reichsparteitag der Deutschen Wirtschaftspartei

(Telegraphische Meldung)

Hannover, 27. April. Die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) veranstaltete Sonntag vormittag im Rahmen ihres Parteitagess eine große öffentliche Kundgebung. Der Parteivorstand Dr. Drewitz gab in der Begrüßungsansprache der Hoffnung Ausdruck, daß die Tagung mit dazu beitragen möge, die vielen Forderungen, die aus der furchtbaren Notlage des deutschen Volkes entsprungen sind, erfüllen zu können. Der Redner verlas zum Schluß ein Telegramm an den Reichspräsidenten. Landesrat Schmolle betonte die unerschütterliche Treue des saarländischen Mittelstandes zum deutschen Mutterland. Hierauf sprach der Reichstagsabgeordnete Mollath über „Die nationalen Aufgaben des Mittelstandes in Verbindung mit der Stellung der Wirtschaftspartei zur Außenpolitik.“ Abg. Mollath bekannte sich zu den bekannten außenpolitischen Forderungen der Wirtschaftspartei, die in erster Linie eine allgemeine Abrüstung, Kampf gegen die Schulblühe und unverzügliche Revision des Youngplanes einschließen. Zum Schluß seiner

Ausführungen unterstrich er die Pflicht aller staatserbaltenden Kräfte, am Aufbau mitzuarbeiten, und beurteilte eine Politik fruchtloser Opposition, die nur die Front des Bürgertums weiter schwächen müsse.

Der Fraktionsführer der Wirtschaftspartei im Preussischen Landtag, Abgeordneter Labenhoff, sprach über „Das Privateigentum in Wirtschaft und Staat.“ Die Wirtschaftspartei verlange Anerkennung der berechtigten Eigenart des Einzelnen und seines Eigenwertes, freie Entfaltungsmöglichkeit für die Einzelpersonlichkeit im Staat und Wirtschaft.

Professor Bredt berichtete über „Verwaltungsreform und Reichsreform.“ Professor Bredt vertrat den Standpunkt, daß alle Reichsreformpläne keinen Sinn hätten, solange eine überspannte Sozialpolitik kultiviert werde. Die Frage der Reichsreform sei noch nicht spruchreif, weil die kleinen Länder gezwungen werden könnten, ihre Selbständigkeit aufzugeben, nicht dagegen die süddeutschen Staaten, die heute noch bewusst ihr Eigenleben weiterführen.

Reichsverkehrsminister gegen Reichsbahn-Gehälter

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 27. April. Wie der „Börsen-Courier“ aus dem Reichsverkehrsministerium erfahren haben will, sind dort Maßnahmen gegen die erhöhten Bezüge der leitenden Reichsbahnbeamten geplant, da auch nach der Senkung die Bezüge der leitenden Reichsbahnbeamten vielfach noch mehr als doppelt so hoch wie die der entsprechenden Reichsbeamten sind. Die Ausgabe von rund 1 1/2 Millionen Mk. im Jahre, die aus der Ueberbesoldung ent-

stehe, müsse nach Ansicht des Ministeriums angesichts der ungünstigen Finanzlage der Reichsbahn eingespart werden. Man erwäge im Reichsverkehrsministerium nötigenfalls eine Aenderung des Reichsbahngesetzes.

Amerikanische Blätter melden, daß Kaiser Wilhelm II. beabsichtige, über einen niederländischen Sender eine für den amerikanischen Rundfunk bestimmte Rede zu halten.

Frisch aus der Fabrik!



Mit dem Ernte 23-Expreßdienst auf dem schnellsten Wege nach allen Teilen Deutschlands.



REEMTSMA CIGARETTEN

ERNTTE

23

Überall fabrikkfrisch!

EINHEITS
PACKUNG
50s
GROSSPACKUNG
MK 1-50

